

„Zuwanderung besser lenken“

Migrationsforscher Bade fordert Punktesystem und unabhängige Beratung

mik **OSNABRÜCK.** Die Zuwanderung nach Deutschland muss nach Ansicht des Migrationsforschers Professor Klaus J. Bade dringend besser gesteuert werden. In einem Gespräch mit unserer Zeitung forderte Bade die Politik auf, diesen „Fehler“ im Zuwanderungsgesetz zu korrigieren: „Angesichts der abnehmenden Zuwanderung nach Deutschland ist der Steuerungsbereich viel zu klein“, sagte der anerkannte Osnabrücker Forscher.

Das Gesetz biete zu wenig Möglichkeiten, erwünschte Zuwanderer zuzulassen und unerwünschte fern zu halten. „Deutschland muss wieder verstärkt über die Einführung des Punktesystems nach kanadischem Vorbild nachden-

ken“, meinte Bade. Dieses „flexible Steuerungselement“ sei bedauerlicherweise dem Streit um das Zuwanderungsgesetz geopfert worden.

Mit dem Punktesystem könne Zuwanderung nach Kriterien wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen

Gespräch mit unserer Zeitung

oder Alter gelenkt werden. Hier sei Deutschland derzeit viel zu unbeweglich, sagte Bade. Die meisten Zuwanderer kämen unter dem Schutz der Gesetze: Spätaussiedler, Familiennachzügler oder Juden aus der GUS. Dies könne der Staat nicht nach Qualitätskriterien regeln. Hingegen lag

die freie Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften mit Bleibeabsicht nach Schätzungen Bades 2005 bei nur noch 10 000 bis 20 000 Menschen. Dies sei definitiv zu wenig. Bade: „Selbst die Engländer führen gerade das Punktesystem ein, obwohl sie im internationalen Wanderungsgehehen viel besser aufgestellt sind als wir.“

Der Forscher sieht aber „deutliche Anzeichen, dass die Politik zum Umdenken bereit ist“ – auch auf Druck der Wirtschaft. „Es wird Zeit, sich von falschen Ängsten zu befreien“, sagte Bade. Der Forscher bedauerte die „amtliche Skepsis gegenüber unabhängigem Rat“ in der Zuwanderungspolitik. Seit der Entlassung des so genannten Zu-



Professor Klaus J. Bade

wanderungsrates (2004), dessen stellvertretender Vorsitzender Bade war, stehe die deutsche Politik bei den wichtigen Zukunftsthemen Migration und Integration ohne Beratung von außen da.

*Neue Osnabrücker
Zeitung / NOZ, 25.8.06*